

Wie westliche Hilfe Afrika in Armut hält

geschrieben von Andreas Demmig | 11. Juli 2026



Daily Caller News Foundation, Meinung, Frank Lasee

Frank Lasee ist ein ehemaliger Senator des US-Bundesstaates Wisconsin und ehemaliges Mitglied der Regierung von Gouverneur Scott Walker.

Ein junger Senegalese hatte den Ehrgeiz, die Ersparnisse und den Plan, einen kleinen Laden zu eröffnen. Sobald er den Laden eröffnet hatte, verlangten Cousins, Onkel und Nachbarn kostenlose Waren, weil sie diese benötigten. Aus familiärer Verpflichtung konnte er nicht nein sagen, bis die Regale leer waren und sein Geschäft war am Ende.

Also hätte er nie wieder angefangen. Oder er zieht weit weg von seiner Familie, um sein Unternehmen zu gründen, ohne verwandtschaftliche Verpflichtungen.

Diese Geschichte wiederholt sich auf dem gesamten Kontinent in tausendfacher Variation. Es ist keine Geschichte über das enorme Potenzial Afrikas. Es ist eine Geschichte über das Umfeld, das dieses Potenzial umgibt und wie es systematisch unterdrückt wird.

Traditionelle Schuldverhältnisse ersticken die Initiative von unten.

Korrupte Regierungen schöpfen von oben ab, was übrigbleibt. Siebzig Jahre lang hat die westliche Hilfe beides subventioniert.

Die Rechnung ist einfach und vernichtend. Wenn die Weltbank, die US-Behörde für internationale Entwicklung (USAID) oder der Internationale Währungsfonds Milliarden an Regierungen weiterleiten, welche kein Interesse haben, die Verträge durchsetzen oder Privateigentum nicht schützen können, schaffen sie keinen Wohlstand. Sie subventionieren vielmehr genau jene Institutionen, die ihn verhindern.

Regierungen, die andernfalls unter finanziellem Reformdruck stünden, erhalten stattdessen einen verlässlichen Geldfluss von außen, der diesen Druck vollständig beseitigt. Die Hilfe verschafft ihnen Zeit. Sie sichert ihr Überleben. Sie erkaufte ihren Bürgern jedoch keine Freiheit.

Die sambische Ökonomin Dambisa Moyo dokumentierte diese Dynamik mit chirurgischer Präzision in ihrem Buch „Dead Aid“.

Afrikanische Regierungen, die von ausländischen Transfers abhängig sind,

haben keinen Anreiz, die Steuerbasis aufzubauen, die eine produktive Bürgerschaft voraussetzt. Eine Regierung, die ihre Bürger besteuert, muss ihnen gegenüber Rechenschaft ablegen.

Entwicklungshilfe beseitigt genau den Druck, der Reformen erzwingt. Eine Regierung, die ihre Bürger besteuert, muss Ergebnisse liefern. Eine von Washington oder Brüssel finanzierte Regierung ist den Gebern – oder niemandem – Rechenschaft schuldig.

Das Argument für den freien Markt ist einfach:

sichere Eigentumsrechte, durchsetzbare Verträge, unparteiische Gerichte und faire Preise. Das sind keine westlichen Importe. Es ist universell. Südkorea, Taiwan, Estland, Botswana und Mauritius haben es bewiesen. Auch die Ausnahmen in Afrika beweisen es.

Dies sind keine westlichen Zwänge. Es sind universelle Voraussetzungen. Jede Gesellschaft, die breiten Wohlstand erreicht hat, hat diese Voraussetzungen zuerst geschaffen. Jede Gesellschaft, die sie übersprungen hat, wartet noch immer darauf.

Was afrikanische Unternehmer am Aufbau von Unternehmen hindert, ist nicht in erster Linie ein Mangel an Technologie, Straßen oder Strom. Es ist das Fehlen der institutionellen Grundlagen, die Investitionen erst sinnvoll machen.

Warum ein dreißigjähriges Projekt in einem Land finanzieren, in dem ein neuer Präsident die Regeln am ersten Tag neu schreiben kann? Warum eine Fabrik bauen, in der der Besitz des Grundstücks vom Wohlwollen der Politiker abhängig ist und jederzeit widerrufen werden kann? Warum ein Geschäft eröffnen, in dem Diebstahl keine Konsequenzen hat und die Gerichte denjenigen dienen, die Beziehungen pflegen?

Ich habe das vor Jahren in Uganda selbst miterlebt, als ein Regionalgouverneur mich wegen des Baus eines Wasserkraftwerks ansprach. Fluss und Gelände waren ideal. Die Not war groß; seine Bevölkerung hatte vielleicht zwei Tage pro Woche Strom.

Als ich ihn jedoch fragte, ob ein Investor mit einem Gewinn rechnen könne, wurde er verlegen. Die meisten Einheimischen hätten kein Bargeld, und Stromdiebstahl sei weit verbreitet.

Die Leute kletterten auf die Masten, zapften die Leitungen illegal an und blieben ungestraft. Kein Investor wollte das Projekt anrühren. Die physische Infrastruktur war tragfähig; die institutionelle Infrastruktur fehlte.

Klimafinanzierung fügt dem Ganzen eine weitere Beleidigung hinzu:

Der Westen industrialisierte sich auf Basis billiger, zuverlässiger Energie. Nun drängt er Afrika zu teuren, unbeständigen und arm machenden

„erneuerbaren Energien“, die weder Fabriken, Krankenhäuser noch Kühlketten versorgen können. Die unausgesprochene Botschaft: *„Wir sind durch billige Energie reich geworden.“*

„Ihr bleibt arm, weil ihr teure grüne Tugend lebt.“ Afrikaner verdienen Besseres. Die Botschaft, ohne diplomatische Umschweife: Wir haben uns mit billiger Energie industrialisiert und sind reich geworden, und jetzt wollen wir, dass ihr euch mit teurer Energie entwickelt und noch etwas länger arm bleibt – dem Klima zuliebe.

Afrika verdient Besseres als diesen Deal.

Die Länder, die den Durchbruch schafften, erreichten dies durch eigene institutionelle Entscheidungen, nicht durch die irgendeine Art von Hilfe von außen. Botswana verwaltete seine Diamanteneinnahmen rechtsstaatlich. Ruanda führte eine energische Antikorruptionskampagne durch. Mauritius öffnete seine Wirtschaft. Ihre Führungskräfte entschieden, dass Eigentumsrechte wichtig sind, dass Gerichte manchmal gegen die Mächtigen entscheiden müssen und dass ausländische Investoren darauf zählen können müssen, bezahlt zu werden.

Diese Entscheidungen wurden von innen heraus getroffen. Keine UN-Resolution hat sie bewirkt. Handel, nicht Entwicklungshilfe, ist der Mechanismus, der jede wohlhabende Nation aufgebaut hat. Offene Märkte, Technologietransfer und Handelsabkommen, die afrikanische Produzenten nicht ausschließen, würden dem Kontinent mehr bringen als eine weitere Generation von Entwicklungsberatern, die Berichte verfassen.

Dem jungen Senegalesen mangelte es nicht an Potenzial. Er handelte rational in einem irrationalen System, das durch Entwicklungshilfe über Jahrzehnte hinweg aufrechterhalten wurde.

Der Weg in die Zukunft ist zwar unspektakulär, aber bewährt: unabhängige Gerichte schaffen, Eigentumsrechte sichern, rechtskräftige Verträge gewährleisten und eine zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung sicherstellen. Dann folgen Investitionen und Unternehmertum von selbst. Das war schon immer so.

Frank Lasee ist leitender politischer Analyst beim Committee For A Constructive Tomorrow (CFACT) in Washington, D.C.

Die in diesem Kommentar geäußerten Ansichten und Meinungen sind die des Autors und spiegeln nicht die offizielle Position der Daily Caller News Foundation wider.

Alle Inhalte der Daily Caller News Foundation, einem unabhängigen und überparteilichen Nachrichtendienst, stehen seriösen Medienunternehmen mit großer Reichweite kostenlos zur Verfügung. Alle wiederveröffentlichten Artikel müssen unser Logo, den Namen des/der jeweiligen Reporters/Reporterin und dessen/deren Zugehörigkeit zur DCNF enthalten. Bei Fragen zu unseren Richtlinien oder einer möglichen Partnerschaft kontaktieren Sie uns bitte unter licensing@dailycallernewsfoundation.org.

<https://dailycaller.com/2026/06/30/opinion-western-aid-africa-frank-lasee>

e/